

„Diesen Schritt ist man nie gegangen“

Gescheiterter Bahnübergang: Bürger für Glückstadt kritisieren frühzeitige Aufgabe des Projekts

Finn Warncke

GLÜCKSTADT Zwischen Glückstadt-Nord und dem Tegelgrund wird es keinen Bahnübergang geben. Das hat der Bauausschuss jüngst mehrheitlich beschlossen. Die Bürger für Glückstadt (BFG) kritisieren das – und werfen der Stadtverwaltung vor, nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben.

Schon vor dem Bauausschuss war im Grunde klar, dass das Projekt beendet wird. Bereits vor drei Jahren lehnte die Deutsche Bahn den Übergang zwischen den beiden Stadtteilen ab. Es gebe bereits zwei Bahnübergänge im Janssenweg und am Altendeich. Stattdessen empfahl die Deutsche Bahn eine Brücke über die Gleise.

Kosten von mehr als zwei Millionen Euro

Doch die ist zu teuer. Mehr als zwei Millionen Euro würde sie kosten – mindestens. Die Stadtverwaltung empfahl der Politik, das Projekt deshalb zu beenden. Zwar hätte die Stadt die Baupläne weiterverfolgen können, doch den zu erwartenden Rechtsstreit mit der Deutschen Bahn würde man verlieren. Das sah nun auch der Bauausschuss so – zumindest die Mehrheit.

Die Bürger für Glückstadt widersprachen dem. Mehr als zehn Jahre hätten sich



Fraktionsvorsitzender Siegfried Hansen und die Bürger für Glückstadt werfen der Stadt vor, nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben.

Foto: Herbert Frauen

Anwohner und der Stadtteilbeirat in Glückstadt-Nord für den Bahnübergang eingesetzt. Nun ist das Projekt beendet, bevor es überhaupt ein Planverfahren gab. „Wurde wirklich alles versucht?“, fragte deshalb Stadtvertreter und BFG-Fraktionsvorsitzender Siegfried Hansen.

Der Bahnübergang sei auch kein Einzelprojekt. Hansen zog ihn mit ins größere Stadtentwicklungsbild. Unmittelbar nahe dem Tegelgrund soll das Wohngebiet Rhinschlot entstehen. Ein Prestigeprojekt. Dafür brauche es laut Hansen einen sicheren, direkten und barrierefreien Geh- und Fahrradweg über die Bahnlinie.

Dabei kritisiert Hansen

nicht, wie die Stadtverwaltung argumentierte. Das Wort der Deutschen Bahn habe bei solchen Projekten Gewicht. Ohne deren Okay sei das Risiko zu groß, mit

dem Bahnübergang zu planen.

Auch Hansen und die BFG halten einen Bauplan als Instrument für falsch. Das Projekt deshalb abzubre-

chen, aber ebenso. Statt den Bahnübergang vorab aufzugeben, hätte die Stadt den Konflikt in einem Planfeststellungsverfahren beim Eisenbahn-Bundesamt klären lassen müssen, so Hansen.

Bei Bauprojekten müssen immer unterschiedliche Belange abgewogen werden. Hier die Stadt und ihre städtebaulichen und sozialen Interessen, dort die Deutsche Bahn, die langfristig eher weniger statt mehr Bahnübergänge möchte. Beides wäre in einem Planfeststellungsverfahren abgewogen worden. „Doch diesen Schritt ist man nie gegangen“, sagt Hansen.

Einen Rechtsanspruch für solche Bahnübergänge gibt es nicht. Das bedeutet für Hansen und die BFG allerdings nicht, dass man auf die Abwägung verzichten muss.

„Vor allem bei einem reinen Fuß- und Radüberweg, der keine neuen Verkehrsströme für den motorisierten Verkehr schafft, hätte ich erwartet, dass die Stadt zumindest versucht, ihre Interessen in einem formellen Fachverfahren geltend zu machen“, so Hansen.

So bleibe für die Menschen in Glückstadt der Eindruck, dass die Stadt das Projekt frühzeitig aufgegeben hat – ohne alle Möglichkeiten auszuschöpfen. „Es geht mir nicht darum, um jeden Preis einen Bahnübergang durchzusetzen“, sagte Hansen. Es gehe ihm darum, dass Verwaltung und Politik sauber und nachvollziehbar arbeiten.

Wenn Projekte abgelehnt werden, müsse es ein belastbares Nein dafür geben. Aus Sicht der BFG gab es das dieses Mal nicht.

